

Die Volksabstimmungen im Kanton Solothurn.

Eine politisch-statistische Studie.

Von Walter von Burg, Bern.

Einleitung.

Das eidgenössische statistische Bureau veröffentlicht seit 1891 im Statistischen Jahrbuch einen wertvollen Beitrag zur politischen Statistik, d. h. eine übersichtliche Darstellung und Erläuterung der eidgenössischen Volksabstimmungsergebnisse. In ähnlicher Weise haben die statistischen Bureaus Zürich, Bern und St. Gallen ihre Abstimmungen zum Gegenstand besonderer Publikationen gemacht. Es erscheint daher nicht überflüssig, wenn wir die bisherigen Ergebnisse des solothurnischen Referendums ebenfalls verarbeiten und die geschichtlich und politisch lehrreichen Tatsachen klar legen.

Über die Zusammenstellung, die amtliche Feststellung und Bestätigung der Abstimmungsergebnisse schicken wir nachfolgendes voraus: Nach erklärtem Schlusse einer Abstimmung schreitet der Stimmausschuss resp. der Präsident desselben sofort zur Eröffnung der Urne und zur Abzählung und Eröffnung der eingegangenen Stimmzettel. Über das Ergebnis der Abstimmung wird sodann ein Protokoll angefertigt, welches vom Bureau unterzeichnet sofort mit den Stimmzetteln und dem Stimmregister dem Zentralbureau des Wahlkreises zugestellt wird. Das Zentralbureau besteht aus einem Präsidenten, zwei Stimmzählern, zwei Schreibern und vier Beisitzern und wird von den Abgeordneten der Gemeinden ernannt, welche zu diesem Behufe sich vor der Abstimmung auf Einladung des Oberamtmanns zu versammeln haben. Das Zentralbureau hat die Protokolle und die Stimmregister einer jeden Gemeinde zu untersuchen und sämtliche Protokolle in ein einziges zusammenzutragen, die streitigen Zettel zu prüfen und das Bezirksresultat festzustellen. Der Staatskanzlei liegt sodann ob, die Verbalprozesse der Bezirke zu verifizieren, die Zusammenstellung für den ganzen Kanton zu besorgen und das absolute Mehr zu berechnen. Der Regierungsrat erklärt die Vorlage für angenommen, wenn die Mehrheit der gültigen Stimmen für Annahme lautet. Das Resultat erscheint jeweilen in bezirksweiser Darstellung im kantonalen Amtsblatt.

Was die Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse im Amtsblatt anbetrifft, so ward zum erstenmal im Jahre 1856 ein Abstimmungsergebnis (Abstimmung über die Frage der Verfassungsrevision vom 30. März

1856), mit den Verhandlungen des Verfassungsrates, als Beilage zum Amtsblatt publiziert. Bei der Veröffentlichung dieses Ergebnisses wurde die Anzahl der Stimmberechtigten, der Stimmenden, der Ja und Nein, sowie der ungültigen Stimmen registriert. Die leeren Stimmen sind nicht vermerkt; sie werden mit den ungültigen verrechnet worden sein. Erst im Jahre 1866 finden wir wieder eine solche Veröffentlichung: das Ergebnis der Abstimmung des Kantons Solothurn über die revidierten Artikel der Bundesverfassung vom 14. Januar. In diesem Ergebnis werden aber nur die Stimmen für Annahme oder Verwerfung der Vorlage (Ja und Nein) angegeben. Am Schluss werden im „Zusammenzug“ die Stimmberechtigten und Stimmenden bezirksweise und im Total angeführt.

In den Ergebnissen über Volksabstimmungen und Wahlen in den Jahren 1868 ff. ist jeweilen die Anzahl der Stimmberechtigten, der Stimmenden und der ungültigen Stimmen aufgetragen. Erst im Jahre 1891 (Ergebnis der Volksabstimmung über den Bundesbeschluss betreffend Einführung der Volksinitiative, Amtsblatt Nr. 28, Beilage) werden zum erstenmal die ungültigen und leeren Stimmen von einander ausgeschieden.

Im allgemeinen hielt man sich nicht an eine strenge Formel. 1892 bei Anlass der Neubestellung der Regierungsräte, hat man die Stimmberechtigten und Votanten nur kantonsweise aufgeführt, leere und ungültige Stimmen überhaupt nicht. Bei Anlass der Kantonsratswahlen im gleichen Jahre erschien nur das Verzeichnis der Gewählten mit der Stimmenzahl.

Von diesem Jahre (1892) an wurden die Ergebnisse immer mit den Angaben der Stimmberechtigten, der Votanten, der ungültigen und der leeren Stimmen im Amtsblatt publiziert.

Wir weisen noch darauf hin, dass bis 1874 das Veto bestand, was zur Folge hatte, dass vor diesem Zeitpunkte nur Ergebnisse über eidgenössische Abstimmungen zu publizieren waren und solche über kantonale Gesetze nur dann, wenn das Veto benutzt worden war. Verfassungsänderungen natürlich unterstanden von jeher der Volksabstimmung, und es werden denn auch bezüglich Ergebnisse im Amtsblatt 1868 (Nr. 1), 1869 (Nr. 42) nach Seite der Stimmberechtigten, Stimmenden, Ja und Nein, sowie Ungültigen publiziert.

I. Die Volksrechte im Bund und Kanton.

Die Volkssouveränität, die Volksrechte mussten im Kanton Solothurn verschiedene Wandlungen durchmachen. Die französische Ambassadorsherrschaft dauerte unter der alten aristokratischen Verfassung bis zum Einfall der Franzosen und zwar bis zum Dekret vom 12. April 1798, welches die „Helvetische Republik“ promulgierte. Zur Zeit der Restauration, den 8. Janur 1814, wurde durch die Proklamation die alte „rechtmässige Oberbehörde“ wieder eingesetzt. Die Julirevolution in Frankreich im Jahre 1830 hatte indessen auch im Kanton Solothurn die demokratischen Freiheitbestrebungen des aristokratisch regierten Volkes wachgerufen und eine Revision der Staatsverfassung bewirkt, die den 29. Dezember 1830 vom Grossen Rate beschlossen und am 13. Januar 1831 durch Abstimmung von den Gemeinden genehmigt wurde. Obgleich um diese Zeit der Regeneration die Stadtbevölkerung inbezug auf die Volksrepresentation im Grossen Rate immer noch bevorzugt war, so hatte doch mit der Proklamation der Volkssouveränität die Herrschaft der „Gnädigen Herren und Oberrn“ und die Herrschaft der Landvögte ein Ende erreicht.

Die Verfassung vom Jahre 1831 sollte zehn Jahre in Kraft bestehen. Dann konnte der Grosse Rat, wenn die absolute Mehrheit aller seiner Mitglieder sich für die Notwendigkeit einer Revision aussprach, dieselbe vornehmen. Wurde der Entwurf vom Volke angenommen oder verworfen, so sollte bis zu neuer Anregung wieder zehn Jahre gewartet werden. Nach zehn Jahren trat dann wirklich die Revision ein. Die von der Mehrheit der Stimmenden angenommene Verfassung von 1841 wurde wieder für zehn Jahre als unabänderlich erklärt; dann sollte die Mehrheit aller Kantonsbürger oder die Mehrheit aller Kantonsratsmitglieder die Revision verlangen können; geschah dies nicht, so sollte die Anregung einer Revision nur von fünf zu fünf Jahren zulässig sein. Die Revision sollte der Kantonsrat vornehmen; würde aber dessen Vorlage verworfen, so wäre vom Verfassungsrat eine zweite auszuarbeiten. In der Tat wurde nach zehn Jahren wieder revidiert. Die neue Verfassung von 1851 liess zu, dass 4000 Stimmberechtigte oder der Kantonsrat dem Volke die Revisionsfrage vorlegten. Das Volk hatte zugleich zu entscheiden, ob die Revision durch den Kantonsrat oder einen Verfassungsrat vorzunehmen sei. In ähnlicher Weise war durch die eidgenössische Abstimmung über die Bundesverfassung von 1848 50,000 Schweizerbürgern gestattet, eine Revision, das hiess eine Totalrevision der Bundesverfassung zu verlangen; die Frage, ob die Revision statthaben solle, war dem Volke vorzulegen und es entschied die Mehrheit der stimmen-

den Schweizerbürger. Diese Bestimmung wurde 1891 dahin erweitert, dass derselben Zahl Stimmberechtigter nun auch das Recht eingeräumt ist, das Begehren um Erlass, Aufhebung oder Abänderung bestimmter Artikel der Bundesverfassung zu stellen und zwar in der Form der allgemeinen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfes. Im letztern Falle wird der Entwurf ohne weiteres dem Volke und den Ständen zur Abstimmung unterbreitet; dabei kann die Bundesversammlung zugleich einen eigenen Entwurf ausarbeiten oder die Verwerfung des Vorschlages beantragen. Im erstern Falle kann die Bundesversammlung ohne weiteres die verlangte Vorlage ausarbeiten und dem Volke und den Ständen vorlegen; will sie das nicht, so hat sie die Frage, ob die Verfassung im Sinne des Begehrens zu revidieren sei, dem Volke vorzulegen und sofern die Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger sich bejahend ausspricht, die Revision an Hand nehmen und das Ergebnis dem Volke und den Ständen zur Abstimmung unterbreiten. Eine neue solothurnische Verfassungsrevision vom Jahre 1856 setzte die Zahl der Initianten für die Totalrevision auf 3000 herunter und fügte bei, dass Partialrevisionen auch vom Kantonsrate vorgenommen werden können. Diese Revision brachte zugleich das Veto. 3000 Stimmberechtigte konnten innert 30 Tagen die Volksabstimmung über Gesetze, Beschlüsse, allgemeine Steuern, Abgaben oder Sporteln verlangen; der Kantonsrat konnte auch von sich aus solche Abstimmungen anordnen. Die Mehrheit der Stimmenden entschied über Annahme oder Verwerfung. Mit der Einführung des obligatorischen Referendums im Jahre 1869 ging der Kanton Solothurn von der repräsentativen zur reinen Demokratie über. Die Bundesverfassung von 1874 brachte das fakultative Referendum in Bundesangelegenheiten: Bundesgesetze, sowie allgemein verbindliche Bundesbeschlüsse, die nicht dringlicher Natur sind, sollen, nachdem sie vom National- und Ständerat angenommen sind, dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden, wenn es von 30,000 Stimmberechtigten oder von acht Kantonen verlangt wird. Bei diesen Abstimmungen entscheidet die Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger. In der Revision der Kantonsverfassung von 1875 wurde die Unterscheidung zwischen Total- und Partialrevision fallen gelassen: wenn auf Begehren von 3000 Stimmberechtigten oder Antrag des Kantonsrates das Volk Revision beschliesst, so muss ein Verfassungsrat revidieren; der Kantonsrat kann aber auch selbst die Revision beschliessen. Die Revision zeitigte nun auch die Initiative: wenn 2000 Stimmberechtigte den Erlass, die Aufhebung oder Abänderung eines Gesetzes oder in die Kompetenz des Kantonsrates fallenden Beschlusses verlangen, so muss der Kantonsrat darüber beraten und

das Ergebnis der Volksabstimmung unterbreiten. Mit Gesetz vom 27. Januar 1892 wurde auch in Bundesangelegenheiten das Recht der Initiative eingeführt, das heisst es können 50,000 Schweizerbürger behufs Revision der Bundesverfassung mit einem fertigen Entwurf vors Volk treten; es ist hierbei also nur die Verfassungsinitiative zu Recht erwachsen. Die Revision von 1887 änderte an den Bestimmungen betreffend die Verfassungsrevision nichts. Das obligatorische Referendum wurde etwas umschrieben und die Initiative auf alle Beschlüsse, ohne Einschränkung, erstreckt.

Es mag nicht überflüssig sein, wenn wir im Anschluss an obige Ausführungen die in den Artikeln 17 bis 33 der Staatsverfassung vom 23. Oktober 1887 aufgenommenen Vorschriften, welche zur Ausübung des solothurnischen Referendums heute noch massgebend sind, in folgendem zusammenfassen:

Vorschlagsrecht des Volkes.

Das Vorschlagsrecht der Stimmberechtigten (Volksinitiative) umfasst das Begehren nach Erlass, Aufhebung oder Abänderung eines Gesetzes oder eines Beschlusses des Kantonsrates.

Derartige Begehren können in der Form der einfachen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfes gestellt werden, sind schriftlich zu begründen und sollen vom Kantonsrat innerhalb zwei Monaten, vom Tage der Einreichung an gerechnet, in Behandlung genommen werden.

Der Volksentscheid muss stattfinden, wenn 2000 Stimmberechtigte oder eine Anzahl von Gemeindeversammlungen, an denen wenigstens 2000 Stimmberechtigte dafür gestimmt haben, ein solches Begehren stellen und der Kantonsrat demselben nicht entspricht.

Die Anregung, beziehungsweise der Entwurf ist vor der Abstimmung immer dem Kantonsrat zur begutachtenden Beschlussfassung zu unterbreiten.

Für den Fall, dass ein von der Volksinitiative ausgegangener Gesetzesentwurf zur Abstimmung gelangt, kann der Kantonsrat dem Volke ausser seinem Gutachten auch einen abgeänderten Entwurf zur Entscheidung vorlegen.

Das Volk übt neben der hierfür zuständig erklärten Staatsbehörde die in den Art. 68, 89 und 93 der Bundesverfassung den Kantonen eingeräumten Rechte aus (Begehren um Einberufung der Bundesversammlung, Verlangen einer Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, Vorschlagsrecht in Bundesangelegenheiten).

Wenn wenigstens zweitausend Stimmberechtigte ein solches Begehren stellen, hat der Regierungsrat unverzüglich die Volksabstimmung darüber anzuordnen.

Volksabstimmung.

Der Volksabstimmung (Referendum) unterliegen folgende Erlasse des Kantonsrates:

1. Alle Verfassungsänderungen, Gesetze und deren authentische Interpretation, sowie Staatsverträge gesetzgeberischer Natur;

2. Kantonsratbeschlüsse, welche für den gleichen Gegenstand eine neue einmalige Gesamtausgabe von mehr als Fr. 100,000 oder eine neue jährlich wiederkehrende Ausgabe von mehr als Fr. 15,000 zur Folge haben;

3. Staatsanleihen von mehr als einer halben Million Franken, sofern sie nicht zur Rückzahlung bereits bestehender Anleihen dienen sollen;

4. Beschlüsse allgemein verbindlicher Natur, sowie Schlussnahmen, welche der Kantonsrat von sich aus der Volksabstimmung unterbreiten will.

Der Kantonsrat ist berechtigt, bei der Vorlage eines Gesetzes oder Beschlusses neben der Abstimmung über das Ganze ausnahmsweise auch eine solche über einzelne Punkte anzuordnen.

Kantonsrat.

Der Kantonsrat hat unter anderm folgende Befugnisse und Obliegenheiten:

1. Die Beratung und Beschlussfassung über die Gesetze, deren authentische Interpretation und alle weitem Gegenstände, welche der Volksabstimmung unterstellt werden.

2. Den endgültigen Entscheid über eine neue einmalige Gesamtausgabe für denselben Gegenstand bis auf den Betrag von Fr. 100,000, sowie über eine jährliche wiederkehrende Ausgabe bis auf den Betrag von Fr. 15,000.

Am 17. März 1895 ist vom Volke eine neue Verfassungsreform über die Behandlung von Initiativbegehren angenommen worden, welcher wir folgende hauptsächlichsten Bestimmungen entnehmen:

Die Initiative bezweckt den Erlass, die Aufhebung oder Abänderung bestimmter Artikel der Staatsverfassung. Dieselbe muss von wenigstens 3000 Stimmberechtigten ausgehen, welche sich entweder durch Unterschrift oder Stimmabgabe in Gemeindeversammlungen dafür aussprechen.

Wenn auf dem Wege der Initiative mehrere mit einander nicht im Zusammenhang stehende Materien zur Aufnahme, Streichung oder Abänderung vorge schlagen werden, so soll jede derselben den Gegenstand eines besondern Initiativbegehrens bilden.

Die Initiativbegehren können in der Form der allgemeinen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfes gestellt werden, sind schriftlich zu begründen

und sollen vom Kantonsrat innert zwei Monaten, vom Tage der Einreichung an gerechnet, in Behandlung genommen werden.

Wenn ein solches Begehren in Form der allgemeinen Anregung gestellt wird und der Kantonsrat mit demselben einverstanden ist, so hat er die Abänderung der Verfassung im Sinne der Initianten auszuarbeiten und es ist dieselbe dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Stimmt der Kantonsrat dem Begehren nicht zu, so ist die Frage, ob die Verfassung in der von den Initianten gewünschten Weise abzuändern sei, dem Volke zur Abstimmung zu unterbreiten. Spricht sich die Mehrheit der Stimmenden bejahend aus, so ist die Revision vom Kantonsrat im Sinne des Volksbeschlusses an die Hand zu nehmen.

Wird das Begehren in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes gestellt, so hat der Kantonsrat dasselbe in empfehlendem oder verwerfendem Sinne zu begutachten.

Sollten trotz der im dritten Absatz aufgestellten Bestimmung gleichwohl mehrere mit einander nicht im Zusammenhang stehende Materien in demselben Initiativbegehren enthalten sein, so kann der Kantonsrat sowohl bei der allgemeinen Anregung als bei der ausgearbeiteten Initiative eine nach Materien ausgeschiedene Abstimmung anordnen.

Das Verfahren bei den Initiativbegehren und den daherigen Abstimmungen wird bis zum Erlasse eines Gesetzes durch eine Verordnung des Kantonsrates bestimmt.

II. Statistische Zusammenstellung der Abstimmungsergebnisse (eidgenössische und kantonale).

Vormerkung.

1. Die mit einem † versehenen eidgenössischen Vorlagen wurden vom Schweizervolk mit grösserer oder geringerer Mehrheit verworfen, die mit * versehenen dagegen angenommen.
2. Die eidgenössischen Vorlagen sind in der Nomenklaturrubrik von den kantonalen durch Kursivschrift unterschieden.
3. Die die jeweilige Mehrheit repräsentierende Zahl der „annehmenden“ oder der „verwerfenden“ Stimmen ist durch Fettdruck hervorgehoben, auch wenn bei eidgenössischen Vorlagen das Ergebnis der ganzen Schweiz gegenteilig lautet.

Nr.	Datum der Abstimmung	Bezeichnung der Vorlagen	Stimm-berechtigte	Votanten	%	An-nehmende	%	Ver-werfende	%	Ungültige oder leere Stimmen
		a) Vor Einführung des obligatorischen Referendums.								
1	13. Jan. 1831	Totalrevision der Verfassung (durch den Grossen Rat beschlossen und im Entwurf festgestellt)	11,830	5,967		5,228		613		126
2	10. Jan. 1841	Totalrevision der Verfassung (durch den Grossen Rat beschlossen und im Entwurf festgestellt)	15,233	10,566		6,289		4,277		
3	6. Aug. 1848	<i>Bundesverfassung</i>	15,011	7,483		4,599		2,884		
4	19. Jan. 1851	Totalrevision der Verfassung (durch den Grossen Rat beschlossen und im Entwurf festgestellt)	16,018	10,619		6,204		4,415		
5	30. März 1856	Totalrevision der Verfassung (Volksentscheid über die Frage, ob eine Revision stattzufinden habe oder nicht, auf Grund von wenigstens 4000 Unterschriften)	15,580	12,994		6,823		6,119		
6	1. Juni 1856	Totalrevision der Verfassung (durch einen Verfassungsrat ausgearbeitet)	15,536	10,491		8,164		2,276		51
7	25. Juli 1858	Dünnernkorrektur	15,142	9,214		674		8,362		180
		<i>Einheitliches Mass und Gewicht</i>	17,155	13,138		8,714		3,733		691
		<i>Niederlassungsrecht der Juden</i>	17,155	13,138		8,714		3,929		495
		<i>Stimmrecht der Niedergelassenen in Gemeindeangelegenheiten</i>	17,155	13,138		8,597		4,043		498
		<i>Besteuerung und zivilrechtliche Verhältnisse der Niedergelassenen</i>	17,155	13,138		8,731		3,824		583
		<i>Gleichstellung der Niedergelassenen mit den Bürgern in eidgenössischen und kantonalen Angelegenheiten</i>	17,155	13,138		9,006		3,646		486
8	14. Jan. 1858	<i>Aufhebung der Einschränkung der Glaubens- und Kultusfreiheit auf die christlichen Konfessionen</i>	17,155	13,138		8,783		3,808		547
		<i>Ausschliessung einzelner Strafarten (Körperstrafen)</i>	17,155	13,138		8,571		3,981		586
		<i>Schutz des schriftstellerischen, künstlerischen und industriellen Eigentums</i>	17,155	13,138		8,961		3,579		598
		<i>Verbot der Lotterie- und Hazardspiele</i>	17,155	13,138		8,972		3,563		608

Nr.	Datum der Abstimmung	Bezeichnung der Vorlagen	Stimm- berech- tigte	Volanten	%	An- nehmende	%	Ver- werfende	%	Ungültige oder leere Stimmen
9	29. Dez. 1867	Partialrevision der Verfassung (durch den Grossen Rat beschlossen und im Entwurf festgestellt)	16,092	10,658		5,975		4,538		145
10	17. Jan. 1869	Steuergesetz (auf erhobenen staatsrechtlichen Rekurs hin vom Bundesgericht als verfassungswidrig aufgehoben)	16,858	14,377	85.2	8,285	57.7	6,040	42.0	52
11	17. Jan. 1869	Besoldungsgesetz	16,858	14,377	85.2	5,726	39.8	8,319	58.0	332
12	21. Febr. 1869	Totalrevision der Verfassung (Volksentscheid über die Frage, ob eine Revision stattzufinden habe oder nicht, auf Grund von wenigstens 3000 Unterschriften)	17,233	15,520	90.0	6,527	42.0	8,937	57.7	56
13	23. Mai 1869	Polizei an Sonn- und Feiertagen	16,178	8,834	54.6	7,964	90.2	769	8.7	101
14	10. Okt. 1869	Partialrevision der Verfassung (durch den Grossen Rat beschlossen und im Entwurf festgestellt)	16,510	11,246	68.1	7,710	68.7	3,482	30.0	54
b) Beginn des obligatorischen Referendums.										
15	22. Mai 1870	Reorganisation des Instruktionarkorps	16,268	7,224	44.4	5,842	81.0	1,108	15.2	274
16	22. Mai 1870	Besoldung der Amtsschreibereisekretäre	16,268	7,224	44.4	5,216	72.2	1,683	23.2	325
17	22. Mai 1870	Militärenhebungsgebühr I	16,268	7,224	44.4	6,384	88.5	580	8.0	260
18	22. Mai 1870	Zuteilung gerichtlicher Bussen der Heil- und Pflegeanstalt Rosegg	16,268	7,224	44.4	5,289	73.2	1,573	21.7	362
19	22. Mai 1870	Gesetz betreffend Volksabstimmungen und Wahlen	16,268	7,224	44.4	6,516	90.2	406	5.6	302
20	18. Dez. 1870	Verantwortlichkeit der Beamten	16,101	7,016	43.5	6,485	92.6	377	5.2	154
21	18. Dez. 1870	Wählbarkeit für Richterstellen	16,101	7,016	43.5	6,297	89.9	565	8.0	154
22	22. Okt. 1871	Gesetz betreffend Organisation des Gemeindewesens	16,288	7,066	43.3	5,038	71.2	1,877	26.5	151
23	28. Jan. 1872	Lehrer-Alters, -Witwen und -Waisenkasse	16,215	7,397	45.4	4,753	64.2	2,555	34.5	89
24	12. Mai 1872	Bundesverfassung, revidierte	17,855	15,656	87.6	9,610	61.2	5,966	38.1	80
25	22. Dez. 1872	Gesetz betreffend Wiederwahl der Geistlichen	17,115	13,755	80.3	7,585	55.1	6,083	40.6	87
26	27. April 1873	Verwendung der Bettagssteuer	17,244	13,531	78.3	7,329	54.2	5,931	43.8	271
27	27. April 1873	Militärenhebungsgebühr II	17,244	13,531	78.3	7,362	54.2	5,908	43.7	261
28	27. April 1873	Bureaugehülfen für Oberämter	17,244	13,531	78.3	6,326	46.8	6,794	50.2	411
29	27. April 1873	Fortbildung des Katasters	17,244	13,531	78.3	7,043	52.0	1,174	45.6	314
30	27. April 1873	Primarschulgesetz	17,244	13,531	78.3	7,126	52.7	6,097	45.0	308
31	27. April 1873	Besoldung des Kantonsingenieurs	17,244	13,531	78.3	6,316	46.7	6,809	50.2	406
32	27. April 1873	Besoldung des Oberförsters	17,244	13,531	78.3	6,240	46.1	6,867	50.9	424
33	19. April 1874	Bundesverfassung, revidierte	18,394	16,554	90.0	10,739*	64.9	5,746	34.7	69
34	12. Juli 1874	Strafgesetzbuch und Strafprozessordnung	17,171	9,836	57.3	6,191	62.9	3,500	35.6	145
35	12. Juli 1874	Abänderung des Hypothekargesetzes	17,171	9,836	57.3	8,294	84.2	1,363	13.9	179
36	12. Juli 1874	Einrichtung der Kantonsschule	17,171	9,836	57.3	8,168	83.0	1,493	15.2	175
37	12. Juli 1874	Unantastbarkeit des Staatsvermögens	17,171	9,836	57.3	6,208	63.1	3,479	35.4	149
38	12. Juli 1874	Beamten-Besoldungszulage	17,171	9,836	57.3	5,748	58.4	3,881	39.5	207
39	4. Okt. 1874	Aufhebung der Stifte Mariastein, St. Urs und Viktor und St. Leodegar	17,577	14,369	81.8	8,352	58.1	5,909	41.1	108
40	18. April 1875	Baugesetz	17,296	6,716	38.8	5,903	87.2	615	9.2	198
41	18. April 1875	Abänderung des Katastergesetzes	17,296	6,716	38.8	6,087	90.6	458	6.8	171
42	18. April 1875	Bezirksschulgesetz	17,296	6,716	38.8	5,632	83.9	882	13.1	202
43	18. April 1875	Totalrevision der Verfassung (Volksentscheid über die Frage, ob eine Revision stattzufinden habe oder nicht)	17,296	6,716	38.8	6,214	92.5	377	5.6	125
44	23. Mai 1875	Eidgenössisches Zivilstandsgesetz	17,811	12,349	69.3	5,957*	48.2	6,285	50.9	107
45	23. Mai 1875	Eidgenössisches Stimmrechtsgesetz (I. Entwurf)	17,811	12,349	69.3	5,164	41.2	7,026†	56.9	159
46	12. Dez. 1875	Totalrevision der Verfassung (durch einen Verfassungsrat festgestellt)	17,392	13,150	75.6	7,556	57.5	5,492	41.7	102
47	23. April 1876	Eidgenössisches Banknotengesetz	17,280	11,391	65.9	2,734	24.1	8,657†	75.9	
48	9. Juli 1876	Eidgenössisches Militärsteuergesetz (I. Entwurf)	17,269	9,138	52.9	5,720	62.8	3,418†	37.2	
49	7. Jan. 1877	Expropriationsgesetz	17,201	10,247	59.6	4,433	43.2	5,390	52.6	424
50	7. Jan. 1877	Hausiergesetz	17,201	10,247	59.6	4,566	44.6	5,266	51.4	415
51	7. Jan. 1877	Abänderung des Gesetzes über Hundetaxe	17,201	10,247	59.6	4,602	44.9	5,254	51.2	391
52	7. Jan. 1877	Organisation des Gemeindewesens	17,201	10,247	59.6	3,847	37.5	6,123	59.8	277
53	7. Jan. 1877	Regulierung der Emme	17,201	10,247	59.6	3,034	29.6	6,762	66.0	451

Nr.	Datum der Abstimmung	Bezeichnung der Vorlagen	Stimm- berech- tigte	Volanten	%	An- nehmende	%	Ver- werfende	%	Ungültige oder leere Stimmen
54	1. Juli 1877	Dauer der Strafprozessordnung	16,716	7,767	46.5	4,105	52.8	3,569	45.9	93
55	1. Juli 1877	Besoldung des Oberförsters	16,716	7,767	46.5	3,403	43.8	4,221	54.3	143
56	1. Juli 1877	Abänderung des Bankgesetzes	16,716	7,767	46.5	3,921	50.5	3,735	48.1	111
57	21. Okt. 1877	Eidgenössisches Fabrikgesetz	16,720	9,833	58.8	5,326*	54.2	4,507	45.8	
58	21. Okt. 1877	Eidgenössisches Stimmrechtsgesetz (II. Entwurf) .	16,720	9,702	58.0	3,168	32.5	6,534†	67.5	
59	21. Okt. 1877	Eidgenössisches Militärsteuergesetz (II. Entwurf)	16,720	9,812	58.7	5,760	58.7	4,052	41.3	
60	16. Juni 1878	Errichtung des Kantonsspitals	16,803	9,215	54.8	6,822	74.0	2,206	23.9	187
61	19. Jan. 1879	Geld- und Betreibungsgeschäfte	16,602	9,668	58.2	8,229	85.1	1,190	12.3	249
62	19. Jan. 1879	Hausiergesetz	16,602	9,668	58.2	7,705	79.7	1,692	17.5	271
63	19. Jan. 1879	Bundesgesetz betreffend Subsidien für Alpen- bahnen	16,708	9,579	57.3	8,118*	85.3	1,461	14.7	
64	18. Mai 1879	Lager- und Pfandscheine	16,402	8,444	51.5	6,176	73.1	1,888	22.3	380
65	18. Mai 1879	Revision des Art. 65 der Bundesverfassung (Auf- hebung des Verbots der Todesstrafe)	16,564	9,919	59.8	4,860*	48.9	4,857	48.9	202
66	30. Nov. 1879	Steuergesetz	16,508	12,620	76.4	5,135	40.7	7,436	58.9	49
67	4. Juli 1880	§ 78 des Gemeindegesetzes	14,928	4,498	30.3	3,597	79.9	824	18.2	77
68	4. Juli 1880	Revision des Strafprozesses	14,928	4,498	30.3	3,880	86.3	525	11.7	93
69	4. Juli 1880	Reiseentschädigung der Beamten	14,928	4,498	30.3	3,706	82.3	708	15.7	84
70	31. Okt. 1880	Revision der Bundesverfassung betreffend das Banknotenmonopol	16,071	8,663	53.9	1,890	21.8	6,677†	77.1	96
71	8. Mai 1881	Forst- und Bauverwaltung	15,810	5,380	34.0	4,500	83.8	800	14.9	80
72	8. Mai 1881	Brandassekuranz	15,810	5,380	34.0	5,140	95.8	170	3.2	70
73	18. Mai 1881	Partialrevision der Verfassung (Verminderung der Kantonsräte; durch den Grossen Rat beschlos- sen und im Entwurf festgestellt)	15,810	5,380	34.0	4,903	91.1	425	7.9	52
74	18. Dez. 1881	Sporteln-Tarif	16,138	4,393	27.3	2,571	58.5	1,705	38.8	117
75	18. Dez. 1881	Geldstagordnung	16,138	4,393	27.3	3,089	70.3	1,188	27.0	116
76	18. Dez. 1881	Verfahren in Ehestreitsachen	16,138	4,393	27.3	3,401	77.4	872	19.8	120
77	18. Dez. 1881	Abtretung der Richter	16,138	4,393	27.3	3,382	76.9	889	20.2	122
78	30. April 1882	Notenemission der Solothurner Bank	16,002	4,998	31.3	4,037	80.7	841	16.8	120
79	30. April 1882	Rücktritt vom Viehversicherungs-Konkordat . .	16,002	4,998	31.3	4,337	86.7	558	11.1	103
80	30. April 1882	Lebensmittelpolizei	16,002	4,998	31.3	4,245	84.9	644	12.9	109
81	25. Juni 1882	Wirtschaftsgesetz	16,178	8,423	52.1	1,637	19.4	6,684	79.3	102
82	25. Juni 1882	Viehversicherungskasse	16,178	8,423	52.1	2,169	25.7	5,596	66.4	658
83	30. Juli 1882	Bundesgesetz betreffend den Erfindungsschutz .	16,180	6,109	37.8	3,978	65.1	2,131†	34.9	
84	30. Juli 1882	Eidgenössisches Epidemien-gesetz	16,180	6,271	38.8	1,690	26.9	4,581†	73.0	
85	26. Nov. 1882	Einführungsgesetz zum S. O. R.	16,567	10,386	62.7	7,746	74.6	2,140	20.5	500
86	26. Nov. 1882	Bundesgesetz betreffend Ausführung des Schul- artikels Nr. 27 der Bundesverfassung (Schul- sekretär)	16,567	13,963	84.2	7,195	51.5	6,768†	48.4	
87	27. Jan. 1884	Viehwähnschaft	16,194	6,562	40.5	5,504	83.8	904	13.7	154
88	27. Jan. 1884	Zwangsarbeitsanstalt	16,194	6,562	40.5	4,167	63.5	2,215	33.7	180
89	11. Mai 1884	Bundesgesetz betreffend Organisation des Justiz- und Polizeidepartements	15,533	10,906	70.3	5,757	52.7	5,024†	46.1	125
90	11. Mai 1884	Bundesgesetz betreffend Patenttaxen der Handels- reisenden	15,533	10,906	70.3	5,986	54.8	4,799†	44.0	121
91	11. Mai 1884	Ergänzung des Bundesstrafrechts	15,533	10,906	70.3	5,900	54.9	4,878†	44.7	128
92	11. Mai 1884	Bundesbeschluss betr. Kanzleikosten der schwei- zerischen Gesandtschaft in Washington . .	15,533	10,906	70.3	5,564	51.0	5,167†	47.3	175
93	10. Aug. 1884	Besoldung der Obergerichter	16,220	7,285	44.9	2,486	34.1	4,626	63.6	173
94	18. Jan. 1885	Abänderung des Hausiergesetzes	17,587	6,604	37.5	5,707	86.4	773	11.7	124
95	8. Febr. 1885	Errichtung der Kantonalbank	16,604	9,372	56.4	7,420	79.1	1,894	20.1	58
96	25. Okt. 1885	Strafgesetzbuch und Strafprozessordnung . .	16,781	11,012	65.6	6,729	61.1	4,044	36.7	239
97	25. Okt. 1885	Revision der Bundesverfassung betreffend die Alkoholfrage	16,956	11,369	67.1	2,734*	24.0	8,391	73.8	244
98	30. Mai 1886	Totalrevision der Verfassung (auf Grund von wenigstens 3000 Unterschriften)	16,955	10,676	62.9	3,459	32.4	7,179	67.2	38
99	15. Mai 1887	Totalrevision der Verfassung (infolge Kantonsrats- beschluss	17,403	11,563	66.4	10,604	91.7	700	6.1	259
100	15. Mai 1887	Bundesgesetz betreffend das Alkoholmonopol . .	17,356	11,561	66.6	3,880*	33.5	7,427	64.2	254

Nr.	Datum der Abstimmung	Bezeichnung der Vorlagen	Stimm- berech- tigte	Votanten	%	An- nehmende	%	Ver- werfende	%	Ungültige oder leere Stimmen
101	10. Juli 1887	<i>Ergänzung der Bundesverfassung betreffend Erfindungsschutz</i>	17,419	7,049	40.5	6,098*	86.5	711	10.1	240
102	23. Okt. 1887	Totalrevision der Verfassung	17,380	9,609	55.3	7,374*	76.7	2,122	22.1	113
103	4. Nov. 1888	Tanzbelustigungen und Kirchweihen	17,534	6,462	36.8	5,388	83.3	997	11.4	77
104	10. Febr. 1889	Haftung der Erben (§§ 505—508 C. G. B.)	17,485	5,877	33.8	3,816	66.8	1,781	30.3	280
105	10. Febr. 1889	Stimmrecht der Konkursiten	17,485	5,877	33.8	1,736	29.5	3,844	67.1	297
106	17. Nov. 1889	<i>Bundesgesetz betreffend Schuldbetreibung und Konkurs</i>	18,140	13,098	72.2	5,323*	40.8	7,646	58.3	129
107	26. Okt. 1890	<i>Revision der Bundesverfassung betreffend Unfall- und Krankenversicherung</i>	18,474	11,970	64.7	9,813*	81.9	1,638	13.6	519
108	15. März 1891	<i>Pensionsgesetz für eidgenössische Beamte</i>	18,468	11,164	60.4	2,327	20.8	8,701†	77.9	136
109	12. April 1891	Einführungsgesetz zum eidgenössischen Schuld- betreibungs- und Konkursgesetz I	18,198	6,931	38.0	3,033	43.7	3,789	54.9	109
110	5. Juli 1891	Zivilgesetzbuch	18,158	6,108	33.8	5,425	88.9	506	8.3	177
111	5. Juli 1891	Zivilprozessordnung	18,158	6,108	33.8	5,363	87.8	489	8.0	256
112	5. Juli 1891	<i>Revision der Bundesverfassung betreffend Ein- führung der Initiative</i>	18,374	6,132	33.3	5,047*	82.3	891	14.5	194
113	6. Sept. 1891	Einführungsgesetz betreffend Schuldbetreibung und Konkurs II	18,154	7,097	39.1	3,632	51.1	3,337	47.0	128
114	6. Sept. 1891	Öffentlich-rechtliche Folgen der Pfändung und des Konkurses I	18,154	7,098	39.1	3,415	48.1	3,520	49.5	162
115	6. Sept. 1891	Förderung der Viehzucht	18,154	7,098	39.1	5,784	81.4	963	13.5	350
116	18. Okt. 1891	<i>Eidgenössischer Zolltarif</i>	18,126	10,716	59.1	8,190*	76.4	2,259	21.1	267
117	18. Okt. 1891	<i>Banknotenmonopol</i> (Revision der Bundesverfassung)	18,126	10,716	59.1	8,585*	80.1	1,916	17.8	115
118	6. Dez. 1891	<i>Rückkauf der Centralbahn durch den Bund</i>	18,501	10,131	54.7	5,615	55.4	4,419†	43.8	97
119	3. April 1892	Zustellung der Zahlungsbefehle (Initiative)	18,325	5,894	32.1	4,091	69.4	1,633	27.7	170
120	3. April 1892	Wasserfallkonzessionen (Wasserfallrechte)	18,325	5,894	32.1	4,468	75.8	1,200	20.3	226
121	3. April 1892	Handelsschule	18,325	5,894	32.1	4,133	70.1	1,466	24.8	295
122	15. Jan. 1893	Partialrevision der Verfassung (Proporz)	18,601	11,802	63.4	4,943	41.0	6,631	56.1	228
123	15. Jan. 1893	Gewerbliche Schiedsgerichte	18,601	11,802	63.4	9,936	84.1	1,311	11.1	555
124	7. Mai 1893	Finanzreform	18,846	15,539	82.4	6,996	45.0	8,473	54.5	70
125	20. Aug. 1893	Öffentlich-rechtliche Folgen der Pfändung und des Konkurses II	18,803	7,091	37.7	5,503	77.8	1,395	19.8	193
126	20. Aug. 1893	<i>Aufnahme des Schächtverbotes in die Bundes- verfassung</i> (Eidgenössische Schächtinitiative)	19,024	7,269	38.2	5,559*	76.4	1,478	20.3	232
127	4. März 1894	<i>Revision der Bundesverfassung betreffend Ge- werbeseitzgebung</i> (Einheitliche Vorschriften für Gewerbe)	18,786	4,872	25.9	2,669	54.8	1,972†	40.4	231
128	4. März 1894	Wohnberechtigung der Amtsschreiber	18,589	4,869	26.1	3,548	72.8	1,126	23.1	195
129	3. Juni 1894	<i>Recht auf Arbeit</i> (Initiativbegehren auf Revision der Bundesverfassung)	19,016	8,118	42.6	2,638	32.5	5,326†	65.6	154
130	4. Nov. 1894	<i>Zollinitiative</i> (Abgabe von Fr. 2 per Kopf der Bevölkerung an die Kantone)	19,369	14,836	76.5	4,994	33.8	9,733†	65.6	109
131	25. Nov. 1894	Viehversicherung	19,092	5,393	28.2	3,293	61.1	1,997	37.0	103
132	3. Febr. 1895	<i>Gesandtschaftsgesetz</i> (Diplomatische Vertretung im Auslande)	19,251	5,069	26.3	2,337	46.1	2,653†	52.3	79
133	17. März 1895	Partialrevision der Verfassung (Proporz)	19,180	11,331	59.1	8,359*	73.7	2,776	24.5	196
134	29. Sept. 1895	Brotverkauf	20,026	7,447	37.1	6,609	88.7	545	7.3	293
135	29. Sept. 1895	<i>Zündhölzchenmonopol des Bundes</i>	20,296	7,575	37.3	4,266	56.3	3,052†	40.3	257
136	3. Nov. 1895	Kantonalbank und Kantonal-Ersparniskasse	20,434	11,235	54.9	9,348	83.2	1,432	12.7	455
137	3. Nov. 1895	<i>Militärartikel</i> (Revision der Bundesverfassung)	20,727	11,930	57.5	4,722	39.5	6,791†	56.9	417
138	9. Febr. 1896	Wirtschaftsgesetz (Initiative)	20,419	7,715	37.7	182	2.4	6,920	89.7	613
139	9. Febr. 1896	Wirtschaftsgesetz	20,419	7,715	37.7	4,210	54.5	3,086	40.0	419
140	4. Okt. 1896	Arbeiterinnenschutz	20,419	7,715	37.7	6,798	88.1	712	9.2	205
141	4. Okt. 1896	<i>Eidgenössische Militärdisziplinarstrafordnung</i>	21,800	10,189	46.7	2,766	27.1	6,820†	66.9	603
142	4. Okt. 1896	<i>Eidgenössisches Viehhandelsgesetz</i>	21,800	10,189	46.7	5,970	58.5	3,452†	33.8	764
143	4. Okt. 1896	<i>Eidgenössisches Eisenbahnrechnungsgesetz</i>	21,800	10,189	46.7	7,817*	76.7	2,037	19.9	335
144	13. Dez. 1896	Hebammenwesen	21,583	4,300	19.9	2,432	56.5	1,674	38.9	194
145	28. Febr. 1897	Schulpflicht an Primarschulen	21,658	13,122	60.5	4,636	35.3	8,060	61.4	426
146	28. Febr. 1897	<i>Bundesbankgesetz</i>	21,864	13,270	60.6	6,288	47.3	6,633†	49.9	349

Nr.	Datum der Abstimmung	Bezeichnung der Vorlagen	Stimm- berech- tigte	Votanten	%	An- nehmende	%	Ver- werfende	%	Ungültige oder leere Stimmen
147	11. Juli 1897	Besoldung des Polizeikorps	21,519	7,503	34.8	6,023	80.2	1,249	16.6	231
148	11. Juli 1897	Lebensmittelgesetzgebung (Art. 69)	21,759	7,275	33.4	6,038*	82.9	947	13.0	290
149	11. Juli 1897	Forstpolizeigesetz (Art. 24)	21,759	7,275	33.4	5,914*	81.2	1,012	13.9	349
150	20. Febr. 1898	Hundesteuer	22,190	16,686	75.1	8,706	52.1	7,229	43.3	731
151	20. Febr. 1898	Eisenbahnrückkaufsgesetz	22,571	17,493	77.5	12,976*	74.1	4,173	23.8	344
152	31. Juli 1898	Besoldung des Regierungsrates	22,037	8,826	40.5	4,833	54.7	3,687	41.7	306
153	13. Nov. 1898	Subvention der Weissensteinbahn	22,785	15,314	67.2	9,938	64.9	5,074	33.1	302
154	13. Nov. 1898	Zivilrechtseinheit (Art. 64)	23,048	15,122	65.6	12,076*	79.7	2,439	16.1	607
155	13. Nov. 1898	Strafrechtseinheit (Art. 64 ^{bis})	23,048	15,122	65.6	12,336*	81.5	2,264	14.9	522
156	23. April 1899	Abänderung des Gesetzes über gewerbliche Schieds- gerichte	22,513	12,476	55.4	9,904	79.3	2,060	16.5	512
157	23. April 1899	Altersgehaltszulagen der Lehrer	22,513	12,476	55.4	8,930	71.5	3,178	25.5	368
158	16. Juli 1899	Volksabstimmungen und Wahlen	22,379	5,208	23.2	3,161	60.6	1,623	31.1	424
159	16. Juli 1899	Hausier- und Marktwesen	22,379	5,208	23.2	4,050	77.7	824	15.8	334
160	29. Okt. 1899	Gebäudebrandversicherung und Feuerpolizei	22,519	11,342	50.3	5,793	51.7	4,861	42.8	688
161	20. Mai 1900	Versicherungsvorlagen	23,263	15,231	65.4	4,642	30.4	10,214†	67.0	375
162	4. Nov. 1900	§§ 12 und 120 der C. P. O.	23,051	13,755	59.6	9,702	70.5	3,394	24.6	659
163	4. Nov. 1900	Bau-, Kataster- und Forstverwaltung	23,051	13,755	59.6	6,088	44.2	6,921	50.3	746
164	4. Nov. 1900	Proportionalwahlen für den Nationalrat	23,299	14,191	60.9	5,937	41.8	7,732†	54.5	522
165	4. Nov. 1900	Initiativbegehren betr. Volkswahl des Bundesrates	23,299	14,191	60.9	5,740	40.4	8,002†	56.4	449
166	10. Febr. 1901	Schuljahranfang an der Kantonsschule	23,129	8,477	36.6	4,174	49.2	3,917	46.2	386
167	17. Nov. 1901	Abänderung des Gesetzes über Brandversicherung und Feuerpolizei	22,878	6,741	29.4	4,793	71.1	1,639	24.3	309
168	26. Okt. 1902	Beamtengesetz I	23,314	17,754	76.1	8,116	45.7	9,157	51.6	481
169	23. Nov. 1902	Schulsubvention (Art. 27 ^{bis} der Bundesverfassung)	23,466	9,888	42.1	6,972*	70.5	2,736	27.6	180
170	15. März 1903	Kreisviehversicherungsgesetz	23,639	15,889	67.2	9,007	56.7	6,117	39.7	765
171	15. März 1903	Zolltarifgesetz	23,895	17,519	73.3	11,719*	66.8	5,319	30.4	481
172	25. Okt. 1903	Kantonsbürgerrecht	23,652	12,766	53.9	7,502	58.8	4,772	37.4	492
173	25. Okt. 1903	Initiativbegehren betreffend Abänderung des Art. 72 der Bundesverfassung (Wahl des Nationalrates)	23,840	13,155	55.1	2,765	21.0	10,027†	76.2	363
174	25. Okt. 1903	Bundesbeschluss vom 13. Juni 1903 betreffend Abänderung des Art. 32 ^{bis} der Bundesverfas- sung (Kleinhandel mit geistigen Getränken)	23,840	13,155	55.1	3,983	30.3	8,725†	66.3	447
175	25. Okt. 1903	Bundesgesetz vom 12. Dezember 1902 betreffend Ergänzung des Bundesgesetzes über das Bundes- strafrecht der schweizerischen Eidgenossen- schaft vom 4. Hornung 1853 (Bestrafung der Anstiftung Militärpflichtiger zu Verbrechen)	23,840	13,155	55.1	3,537	26.9	9,157†	69.6	461
176	7. Aug. 1904	Abänderung des Einführungsgesetzes zum Schuld- betreibungs- und Konkursgesetz	24,163	12,894	53.3	9,085	70.4	2,500	19.3	1309
177	27. Nov. 1904	Beamtengesetz II	24,392	18,271	74.9	9,789	53.6	8,113	44.4	369
178	29. Jan. 1905	Zeughaus in Solothurn	24,378	10,680	43.8	8,644	80.6	1,862	17.3	184
179	19. März 1905	Verfassungsrevision, Ausdehnung des Erfindungs- schutzes	24,568	5,178	21.0	4,136*	79.9	756	15.4	246
180	30. April 1905	Jagdgesetz	24,386	12,483	51.2	3,800	30.4	8,506	68.1	177
181	18. März 1906	Besoldung der Professoren der Kantonsschule	24,530	8,853	36.0	4,447	50.2	4,148	46.86	258
182	13. Mai 1906	Weiche Bedachung (Initiative)	24,445	8,639	35.3	2,155	24.9	5,957	68.95	527
183	13. Mai 1906	Subvention der Solothurn-Schönbühl-Bahn I	24,445	8,639	35.3	3,352	38.8	4,936	57.1	351
184	13. Mai 1906	Subvention der Langenthal-Önsingen-Bahn	24,445	8,639	35.3	4,580	53.1	3,701	42.8	358
185	10. Juni 1906	Baugesetz	24,542	11,218	45.7	6,160	54.9	4,165	37.1	893
186	10. Juni 1906	Dotationskapital der Kantonalbank	24,542	11,218	45.7	6,770	60.3	3,502	31.2	746
187	10. Juni 1906	Lebensmittelgesetz	24,888	12,165	48.8	7,556*	62.1	4,290	35.2	319
188	3. Febr. 1907	Gesetz betreffend den Beitritt des Kantons Solo- thurn zum Konkordat über die Befreiung von der Verpflichtung zur Sicherheitsleistung für die Prozesskosten	25,020	11,709	46.8	9,623	82.1	1,645	14.3	441
189	3. Febr. 1907	Subvention der Solothurn-Schönbühl-Bahn II	25,020	11,709	46.8	7,655	65.3	3,702	31.6	352
190	16. Juni 1907	Steuernovelle	24,956	6,542	26.2	1,203	18.3	5,036	76.9	303
191	3. Nov. 1907	Militärorganisation	25,997	21,309	80.2	10,522*	49.3	10,455	49.0	332
192	15. Dez. 1907	Gesetz betreffend die Aufhebung der Ehehaften	25,556	7,957	31.1	4,188	52.6	3,512	44.1	257

Nr.	Datum der Abstimmung	Bezeichnung der Vorlagen	Stimm- berech- tigte	Votanten	%	An- nehmende	%	Ver- werfende	%	Ungültige oder leere Stimmen
193	15. Dez. 1907	Gesetz betreffend die Organisation des Bau-, Forst- und Katasterwesens	25,556	7,957	31.1	6,018	75.6	1,615	20.3	324
194	15. Dez. 1907	Abänderung des Art. 81 der Staatsverfassung (Organisation des Bau-, Forst- und Katasterwesens)	25,556	7,957	31.1	5,995	75.3	1,640	20.6	322
195	15. Dez. 1907	Gesetz betreffend die Ziegenversicherung	25,556	7,957	31.1	6,730	84.5	930	11.6	297
196	2. Febr. 1908	Gesetz betreffend das Polizeiwesen	25,644	13,245	51.6	10,328	77.9	2,597	19.5	320
197	31. Mai 1908	Gesetz betreffend Abänderung des Gesetzes vom 3. November 1895 über die Solothurnische Kantonalbank und Kantonalersparniskasse Solothurn	25,854	11,896	46.0	9,043	76.0	1,561	17.3	1292
198	5. Juli 1908	<i>I. Initiativbegehren betreffend Aufnahme des Absinthverbotes in die Bundesverfassung</i>	25,848	18,840	72.3	9,238*	41.9	8,300	44.1	1302
199	5. Juli 1908	<i>II. Bundesbeschluss vom 9. April 1908 betreffend Ergänzung der Bundesverfassung bezüglich des Rechtes der Gesetzgebung über das Gewerbewesen</i>	26,028	18,840	72.3	12,630*	67.0	3,272	17.3	2938
200	25. Okt. 1908	Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Staates Solothurn an der Strassenbahn Niederbipp-Solothurn	26,028	13,053	50.5	7,786	59.6	4,524	34.6	743
201	25. Okt. 1908	<i>Bundesbeschluss vom 26. Juni 1908 betreffend Ergänzung der Bundesverfassung bezüglich der Gesetzgebung des Bundes über die Nutzarmachung der Wasserkräfte und über Fortleitung und die Abgabe der elektrischen Energie</i>	26,116	13,115	50.2	11,349*	86.5	1,161	8.9	605
202	21. März 1909	Aufhebung des Art. 49 der Verfassung des Kantons Solothurn vom 23. Oktober 1887 (Besoldung des Lehrpersonals der Primarschule), Vorlage des Kantonsrates vom 4. Dezember 1908	25,893	17,436	67.3	12,367	70.9	4,139	23.7	930
203	21. März 1909	Gesetz betreffend die Besoldung des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule und den Allgemeinen Schulfonds des Kantons Solothurn, Vorlage des Kantonsrates vom 10. Februar 1909	25,893	17,436	67.3	12,228	70.1	4,043	23.1	1165
204	29. Aug. 1909	Kantonsratsbeschluss vom 2. Juni 1909 betreffend die Beteiligung des Staates Solothurn an der Weiterführung der Birsigtalbahn von Flüh bis Rodersdorf	25,838	6,507	25.1	4,863	74.7	1,352	20.7	292
205	29. Aug. 1909	Gesetz betreffend die Kantonsschule, die landwirtschaftliche Winterschule und die Fortbildungsschule	25,838	6,507	25.1	5,076	78.0	1,208	18.5	223
206	23. Okt. 1910	<i>Initiativbegehren für die Proportionalwahl des Nationalrates (Abänderung des Art. 73 der Bundesverfassung)</i>	26,904	20,880	77.6	11,291*	54.0	9,333	43.5	256
207	15. Jan. 1911	Gesetz betreffend die bürgerlichen Ruhetage	26,762	17,006	63.5	7,829	46.0	8,858	52.1	319
208	21. Mai 1911	Besoldungsgesetz betreffend die Beamten und Angestellten	26,824	19,690	73.4	8,218	41.7	11,066	56.2	406
209	29. Okt. 1911	Gesetz betreffend den bedingten Straferlass	26,844	10,533	39.2	8,532	81.0	1,482	14.1	519
210	10. Dez. 1911	Gesetz betreffend die Einführung der Schweizerischen Zivilgesetzbuches	26,978	15,802	58.5	8,593	54.3	6,941	43.9	268

III. Bemerkungen zur statistischen Zusammenstellung.

1. Die Stimmberechtigung.

Die Zahl der Stimmberechtigten im Kanton Solothurn beträgt nach den letzten Abstimmungen:

- a) bei eidgenössischen Abstimmungen 26,904
- b) bei kantonalen Abstimmungen . . 26,978

In eidgenössischen Angelegenheiten ist stimmberechtigt jeder ehrenfähige Schweizerbürger, der das 20. Altersjahr zurückgelegt hat, und im Kanton Solothurn als Ortsbürger oder Niedergelassener oder Auf-

enthalter wohnt (Art. 74 der Bundesverfassung, Art. 2 und 3 des Bundesgesetzes betreffend die eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen vom 19. Juli 1872).

In Art. 8 und 9 der Verfassung des Kantons Solothurn vom 23. Oktober 1887 (Rev. 17. März 1895) sind die auf die Stimmberechtigung bezüglichen Requisite wie folgt geregelt:

Stimmberechtigt in kantonalen Angelegenheiten sind nach vollendetem 20. Altersjahr:

- 1. die im Staatsgebiete wohnhaften Kantons- und niedergelassenen Schweizerbürger, letztere sofort nach Bewilligung der Niederlassung;

2. die schweizerischen Aufenthalter nach einem Aufenthalt von drei Monaten, vom Datum der Aufenthaltsbewilligung an gerechnet.

Ausgeschlossen von der Stimmberechtigung sind:

1. diejenigen, welchen durch gerichtliches Urteil die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen sind;
2. die im öffentlichen Almosen Stehenden;
3. die wegen Verschwendung, Blödsinn oder Geisteskrankheit Bevogteten;
4. die Vergeldstagen, unter folgenden Ausnahmsbestimmungen:

- a) solche, die während ihrer Minderjährigkeit vergeldstagt wurden, werden bei erreichter Volljährigkeit stimmberechtigt;
- b) solche welche infolge Übernahme einer Erbschaft vergeldstagt wurden, sind gerichtlich zu rehabilitieren;
- c) Vergeldstagte, welche durch Unglück und ohne direktes Verschulden in Geldstag gefallen sind, können nach Verfluss von sechs Jahren durch gerichtliches Urteil wieder in das Aktivbürgerrecht eingesetzt werden¹⁾.

2. Die Stimmbeteiligung.

Je nach dem Inhalte der Vorlagen und nach der grösseren oder geringeren Bearbeitung des Souveräns ist die Beteiligung bei den Abstimmungen sehr verschieden und schwankt zwischen $\frac{1}{4}$ und $\frac{2}{3}$ sämtlicher Stimmberechtigten. Dass der Bürger den öffentlichen (staatlichen) Angelegenheiten kein grosses Interesse zollt, beweist die Tatsache, dass in den letzten zehn Jahren durchschnittlich nur 48.5% von den Stimmberechtigten an den Abstimmungen teilnahmen.

Wenn wir die Beteiligung nach den einzelnen Abstimmungsvorlagen betrachten, so finden wir folgende Verhältnisse:

Von den 210 Vorlagen (eidgenössische und kantonale), welche bis 1911 das Referendum passiert haben, erreichten die Abstimmungen über die (verworfenen) Totalrevision der Verfassung (Volksentscheid über die Frage, ob eine Revision stattzufinden habe oder nicht auf Grund von wenigstens 3000 Unterschriften) vom 21. Februar 1869 und diejenige über die (angenommene) revidierte Bundesverfassung vom 19. April 1874 die höchsten Beteiligungsziffern, nämlich je 90%; dann folgt die Abstimmung über die (angenommene) revidierte Bundesverfassung vom 12. Mai 1872 mit 87.6%, weiter kommen die Abstimmungen über das angenommene Steuergesetz und das verworfene Besoldungsgesetz vom 27. Januar 1869 mit 85.2% Beteiligung; das verworfene Bun-

¹⁾ Durch Bundesratsbeschluss vom 20. März 1895 wurde festgestellt, dass *lit. c* durch Bundesgesetz vom 20. August 1893 in Verbindung mit dem kantonalen Gesetz aufgehoben sei.

desgesetz betreffend Ausführung des Schulartikels N. 27 der Bundesverfassung (Schulsekretär) mit 84.2%; so dann die Abstimmung über die Finanzreform (verworfen) vom 7. Mai 1893 mit 82.4%; die Abstimmung über die Aufhebung der Stifte Mariastein, St. Urs und Viktor und St. Leodegar (angenommen) vom 4. Oktober 1874 mit 81.8%; weiter folgt das angenommene Gesetz betreffend die Wiederwahl der Geistlichen vom 22. Dezember 1872 mit 80.3% Beteiligung usw. Aus diesen Ausführungen geht hervor, dass die Beteiligung an den Abstimmungen jeweilen dann am stärksten war, wenn es sich entweder um wichtige Gesetze, welchen das Volk sehr sympathisch gesinnt war, oder aber um solche Vorlagen handelte, welche eine bedeutende Agitation verursacht hatten.

Die geringste Beteiligung an der Abstimmung hat am 13. Dezember 1896 (Hebammenwesen) stattgefunden, an welcher sich nur 19.9% der Stimmberechtigten beteiligt haben; bei sechs Abstimmungen betrug die Votantenzahl 21—25.1%; bei zehn weiteren Abstimmungen 25.9—30.3%. In der Regel war die Beteiligung an der Abstimmung dann am schwächsten, wenn solche Vorlagen an den Volksentscheid gelangten, die nicht auf ein allgemeines Interesse von seiten der grossen Masse der Stimmberechtigten Anspruch machen konnten.

Was uns sehr ins Auge fällt, ist die bei vielen Abstimmungen enorme Zahl von eingelegten leeren oder ungültigen Stimmzetteln. Die grösste Zahl der in dieser Weise zutage tretenden Stimmenthaltungen zeigt sich bei der Abstimmung über den Bundesbeschluss vom 9. April 1903 betreffend Ergänzung der Bundesverfassung bezüglich des Rechtes der Gesetzgebung über das Gewerbewesen mit 2938 ungültigen und leeren Stimmen oder 15.7% der Votanten; dann folgt das am gleichen Tage (5. Juli 1908) zur Abstimmung gekommene Initiativbegehren betreffend Aufnahme des Absinthverbotes in die Bundesverfassung mit 1302 oder 6.9% ungültigen Stimmen.

Man muss sich auch nicht verwundern, wenn die überwiegende Mehrheit des Volkes sich für Annahme oder Verwerfung einer Geschäftsordnung für den Regierungsrat, für Reiseentschädigungen von Beamten, für Wohnberechtigung des Amtsschreibers etc. nicht zu erwärmen vermag. Nebstdem haben aber auch sehr wichtige gesetzgeberische Vorlagen nur eine verhältnismässig kleine Zahl von Stimmberechtigten zur Urne zu bringen vermocht. Es sind damit zu nennen: Revision des Strafprozesses, Lebensmittelpolizei, Zivilprozessordnung, Subventionsgesetze usw.

3. Die Abstimmungsergebnisse.

Die Ergebnisse der bisherigen Abstimmungen im Kanton Solothurn enthalten geschichtlich interessante

und politisch lehrreiche Tatsachen. Sie zeigen uns wie das Volk über die ihm in der Vergangenheit zur Annahme oder Verwerfung vorgelegten Gesetzesvorlagen jeweils geurteilt hat; auch für die Politik der Gegenwart und Zukunft sind sie ohne Zweifel sehr instruktiv. In den bisherigen Abstimmungsergebnissen spiegelt sich gewissermassen die jeweilige Volksstimmung ab, welche gegenüber den einzelnen Vorlagen im Wege des Referendums ziffernmässig zum Ausdruck gelangt.

Mag das Referendum seiner Zweckmässigkeit nach beurteilt werden wie es will, mögen auch bei den jeweiligen Abstimmungen mancherlei Zufälligkeiten, Missverständnisse und Unkenntnis mitwirken, so hat sich das obligatorische Referendum im Kanton Solothurn als rein demokratische Institution sehr gut bewährt.

Bis Ende 1911 kamen im ganzen 210 Vorlagen vor das Volk, wovon 156 = 74% angenommen und 54 = 26% verworfen wurden. Von den 210 Vorlagen waren 62 eidgenössische und 148 kantonale.

	Total	eidgen.	kanton.
Vorlagen, angenommen . . .	156	40	116
„ verworfen . . .	54	22	32
Zusammen	210	62	148

Die eidgenössischen Vorlagen kamen somit viel ungünstiger weg, als die kantonalen (eidgenössische wurden 35.5%, kantonale nur 21.6% verworfen). Es ist dabei nicht zu übersehen, dass die ersteren beinahe ausschliesslich durch das Veto vor das Volk gebracht werden mussten und daher schon von vornherein mit Vorurteilen zu kämpfen hatten. Verhältnismässig am meisten verwerfende Stimmen haben aufzuweisen, die besonderen Anfragen an das Volk betreffend das Besoldungsgesetz; Primarschulgesetz, Gesetz betreffend die Kantonsschule, die landwirtschaftliche Winterschule, die Fortbildungsschulen, Beamtenanstellungen usw. Bemerkenswert ist vor allem, dass im ganzen die Tendenz für Annahme von Referendumsvorlagen eine bedeutend grössere ist, als diejenige der Verwerfung. Oft werden mit vieler Arbeit und Kosten fertige gesetzte Gesetzesvorlagen verworfen, weniger aus sachlichen Gründen, als aus politisch-taktischen Ursachen und dadurch wird häufig der fruchtbare Fortschritt auf staats- und volkswirtschaftlichem Gebiete wesentlich gelähmt. Möge man stets bestrebt sein, die Organisation und Praxis des Referendums immer noch zu vervollkommen, sei es durch die Gesetzgebung selbst oder durch bürgerliche Bildung und die Pflege guter politischer Sitten.

Einnahmen und Ausgaben der schweizerischen Gewerkschaftsverbände in den Jahren 1906—1912.

Nach den Angaben des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zusammengestellt vom Schweizerischen Arbeitersekretariat.

Verband	Einnahmen aus statutarischen Beiträgen	Total der Auslagen	Hiervon für		
			Streiks und Aussperrungen	Krankheit, Alter und Tod	Reise und Arbeitslosigkeit
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Bauarbeiter	146,812	207,374	79,454	655	2,935
Buchbinder	177,586	117,475	2,304	47,520	10,435
Coiffeure	16,896	22,962	1,978	625	1,211
Gemeindearbeiter	42,695	48,679	7,941	—	—
Handels- und Transportarbeiter	40,949	62,796	4,439	110	1,645
Graphische Hilfsarbeiter	111,256	101,305	524	66,175	584
Holzarbeiter	1,082,793	990,963	347,370	151,982	78,009
Hutarbeiter	23,591	16,301	1,450	3,179	3,337
Lebensmittelarbeiter	423,853	554,405	216,699	35,714	40,925
Ledarbeiter	146,217	168,235	40,669	33,478	10,643
Lithographen	364,717	260,016	23,855	105,326	41,094
Lokomotivpersonal	306,905	252,406	—	112,830	—
Maler und Gipser	456,821	501,585	279,244	45,088	21,603
Metallarbeiter	2,616,066	2,353,144	575,789	842,579	168,578
Schneider	197,485	225,080	107,934	13,353	9,022
Steinarbeiter	158,100	194,972	60,312	9,942	3,301
Textilarbeiter	346,658	432,128	133,365	22,728	22,429
Transportanstalten	127,169	116,048	—	34,340	—
Typographen	1,956,002	1,634,124	9,745	1,116,873	156,400
Uhrenarbeiter	740,582	752,264	428,282	20,395	—
Zimmerleute	178,902	178,010	41,726	37,892	17,769
Total	9,662,055	9,190,272	2,363,080	2,700,784	589,920